

Schritt halten.“ Lao Pun Lap warnte deshalb vor der immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich. Er drängte die Regierung, Mittel vernünftiger zuzuteilen, die Industrien zu diversifizieren und die wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweige zu stärken. Ein weiteres Problem neben der hohen Arbeitslosenquote bildet die Deflation, die seit 1999 anhält (1999: -3,2%, 2000: -1,6%, 2001: -2%).

Die Gesamtzahl der Arbeitskräfte in Macau für die drei Monate April bis Juni 2002 wird auf 215.000 geschätzt: 202.000 Beschäftigte und 13.400 Arbeitslose. Die Unterbeschäftigungsquote – Personen, die Teilzeitarbeit leisten oder nur wenige Stunden arbeiten – fiel auf 3,2%. Insgesamt 23.700 Nichtinheimische waren Ende Juni in Macau beschäftigt, 8% weniger als ein Jahr zuvor. (XNA, 10., 15.8., 26., 28., 31.7.02; Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 23.6., 7.8.02; SCMP, 16.8.02) -ljk-

---



---

## Taiwan

---



---

### 39 Lateinumschrift: Entscheidung gegen Hanyu Pinyin

Seit Jahrzehnten leidet die Verständigung zwischen Taiwan einerseits und der nicht chinesischsprachigen Welt andererseits unter einem Wirrwarr von in Taiwan gebräuchlichen Umschriftkonventionen – von „Umschriftsystemen“ zu sprechen, erschiene wegen deren oft unsystematischer Anwendung schon als Euphemismus. Der Missstand wurde auch in Taiwan empfunden. Zuletzt hatte der damalige Erziehungsminister Ovid Tzeng (Zeng Zhilang) im Oktober 2000 eine Entscheidung zugunsten des in der VR China entwickelten Systems Hanyu Pinyin gefällt, das heute internationaler Standard ist. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 44) Tzeng war jedoch auf massiven Widerstand gestoßen, und seine Initiative verlief im Sande. Nunmehr sprach sich das mit der Umschriftfrage beauftragte Komitee für das in Taiwan entwickelte Tongyong-Pinyin-System aus. Erziehungsminister Huang Jong-tsun (Huang Rong-

cun) erklärte, der Entscheidung des Gremiums folgen zu wollen.

Die Entscheidung ist sachlich kaum nachzuvollziehen. Für Tongyong Pinyin wird ins Feld geführt, dass damit auch die in Taiwan üblichen Dialekte widergegeben werden können, doch ist dieser Gesichtspunkt von vernachlässigbarer Relevanz, da die Lateinumschrift-Transkription chinesischer Dialekten in der Praxis nur eine äußerst geringe Rolle spielt. Befürworter von Hanyu Pinyin weisen denn auch zu Recht darauf hin, dass sich Tongyong Pinyin niemals gegen die internationale Standardumschrift wird durchsetzen können und sich Taiwan damit unnötig isoliert. Für Tongyong Pinyin, das zu 85% mit Hanyu Pinyin identisch ist, sprachen lediglich politische Gesichtspunkte: Gerade die derzeitige Regierung möchte Taiwans nichtchinesische Identität stärken; die Verwendung von Hanyu Pinyin hatte demgegenüber die falschen politisch-kulturellen Konnotationen und wäre als Nachgeben gegenüber chinesischer Dominanz erschienen.

Das herrschende Umschriftchaos dürfte mit der Entscheidung, wenn sie denn verbindlich wird, kaum ein Ende finden. Als einer der ausgesprochenen Hanyu-Pinyin-Befürworter hat Taipeis Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) bereits angekündigt, Taiwans Hauptstadt werde auf den Straßenschildern beim dort bereits eingeführten internationalen System bleiben. (TH, 11.7.02; TT, 12.7.02; FT, 17.7.02) -hws-

### 40 Abbruch der Beziehungen zu Nauru

Am 23. Juli brach Taiwan die diplomatischen Beziehungen zu Nauru ab. Der Präsident des pazifischen MiniStaats von 21 km<sup>2</sup> Fläche und weniger als 12.000 Einwohnern hatte zuvor in Hongkong ein Kommuniqué unterzeichnet, wonach Nauru diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnimmt. Damit reduziert sich für Taiwan die Zahl der verbündeten Staaten auf 27; alle zählen zu den kleinsten und ärmsten Nationen der Erde.

Taiwan forderte gleichzeitig ein Darlehen in Höhe von 12 Mio. US\$ zurück. Die sofortige Rückzahlung ist im Darlehensvertrag im Falle des Abbruchs

der Beziehungen vorgesehen. Nauru dürfte es nicht schwer fallen, die Zahlung zu leisten, da es von Beijing Zusagen über Finanzhilfen in Höhe von 137 Mio. US\$ erhielt.

Die Beziehungen mit Nauru hatten seit 22 Jahren bestanden und besaßen für Taiwan – wie jetzt für China – lediglich Prestigewert. Zur Frage, ob die Beziehungen zu anderen Verbündeten im Pazifikraum gefährdet seien, wurden unterschiedliche Ansichten laut. Tatsächlich kann sich Taiwan nur wenigen seiner Verbündeten sicher sein. Je kleiner und stärker sie durch Auslandsschulden belastet sind, um so größer ist wie im Falle Naurus die Bereitschaft, das Fähnchen nach dem Wind des größeren Kreditgebers zu hängen. (CNAT, nach BBC PF, 22.7., 23.7.02; CNAT, nach BBC EF, 23.7.02; TT, 22.7., 23.7.; TT, nach FBIS, 24.7.02; TH, 23.7.02) -hws-

### 41 Chen Shui-bian übernimmt DPP-Vorsitz – mit chinapolitischen Misstönen

Die regierende Demokratische Fortschrittspartei DPP wählte im Juli auf einem Parteitag ein neues Führungsgremium. Prominentester Kopf ist Taiwans Präsident Chen Shui-bian, der den Parteivorsitz übernahm. Er löst Frank Hsieh (Xie Changting) auf diesem Posten ab. Der frühere Premierminister Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) wurde neuer Generalsekretär.

Chen Shui-bians Wahl wurde von der Opposition heftig kritisiert: Er habe sein vor zwei Jahren gegebenes Versprechen gebrochen, sich als Präsident aller Taiwaner von Parteiangelegenheiten fern zu halten. Dies ist in der Tat der Fall. Das Motiv für Chens Sinneswandel waren die Probleme, die Partei auf Regierungslinie zu halten. Durch die Vereinheitlichung der Führung, wie sie bei der Nationalen Volkspartei (Kuomintang, KMT) stets üblich war, soll nun eine größere politische Schlagkraft der DPP erreicht werden. Ein für die DPP positiver Effekt zeigte sich noch im Juli: Es kam unter Angehörigen von Taiwans politischer und intellektueller Elite zu einer Beitrittswelle. 50 hochrangige Personen, darunter der Transportminister



## CHINA aktuell

Lin Ling-san, stellten Aufnahmeanträge.

Eine Reihe von Parteiposten wurde bei dem Parteitag neu besetzt. Die stärkste Beachtung fand die Wahl von Chen Chung-hsin (Chen Zhongxin) zum Leiter der chinapolitischen Abteilung. Chen gilt als Gegner eines Unabhängigkeitskurses sowie als Fachmann für Chinapolitik. Als Parlamentarier hatte er im Juni an offiziellen Gesprächen in Beijing teilgenommen. Seine Wahl durfte als Signal gewertet werden, dass die DPP bestrebt ist, mit Beijing ins Gespräch zu kommen. Er sei, so Chang Chun-hsiung gegenüber Reportern, der „Wegbereiter, der die Tür zu China öffnen wird“. (CNAT, nach BBC PF, 18.7.02; TT, 19.7., 21.7., 22.7.02; TT, nach FBIS, 23.7.02; WSJ, 17.7., 18.7.02; TH, 30.7.02)

Umso verwirrender waren Äußerungen Chens in seiner Ansprache zum Amtsantritt: „Sollten unsere Gesten guten Willens gegenüber China ohne positive Antwort bleiben, werden wir erwägen müssen, unseren eigenen Weg zu beschreiten – unseren eigenen taiwanischen Weg in Taiwans Zukunft.“ Die vage Drohung, von der bisherigen Linie der Annäherung an Beijing womöglich in Zukunft abzuweichen, sorgte sogleich für Unruhe und für Rätselfragen hinsichtlich der Motive, die Chen dazu brachten, in einer Zeit, die vorsichtige Annäherungssignale erkennen lässt, die eigene chinapolitische Linie in Zweifel zu ziehen und ihrer Konsequenz zu berauben. Einen Hinweis auf den Grund für diese Warnung an China gab Chen in seiner Rede selbst, als er darauf anspielte, dass China Taiwans Verbündeten Nauru quasi losgekauft hatte – der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Taiwans zu Nauru stand zum Zeitpunkt der Rede unmittelbar bevor.

Die Bedeutung von Chens Bemerkung liegt weniger im Inhalt. In ähnlicher Weise hatte er sich früher auch schon geäußert. Die Äußerung scheint auch keinen unmittelbar bevorstehenden chinapolitischen Kurswechsel zu signalisieren, denn im übrigen Teil der Rede bestätigte Chen ausdrücklich seine bisherige Linie. Eher ging es wohl darum, gegenüber der DPP und der traditionellen taiwanorientierten Wählerklientel der Partei taiwanisches Selbstbewusstsein zu betonen

in einer Zeit, in der ein steter und auch von Chen selbst gewollter Prozess stärkerer wirtschaftlicher Integration mit dem Festland – Lockerung der Restriktionen für Investitionen in China, direkte Finanztransaktionen, Aufbau direkter Verkehrsverbindungen – Taiwans ökonomische Eigenständigkeit zu erodieren droht. Dieser Deutung entspricht Chens erkennbarer Unmut angesichts der „Abwerbung“ Naurus durch Beijing ebenso wie seine Wortwahl: Statt wie üblich vom Festland sprach er wiederholt von „China“ und von Taiwan demgegenüber als Taiwan – erstaunlich angesichts der Tatsache, dass Taiwan gemäß Verfassung und offizieller Staatsbezeichnung die „Republik China“ ist, Chen selbst also als der Präsident Chinas fungiert.

Spekuliert wurde, dass sich Chen aus der Laune des Augenblicks heraus zu einer Abweichung vom Redemanuskript hatte hinreißen lassen. Dem wurde aus dem Umfeld des Präsidenten jedoch klar widersprochen. Tatsächlich wiederholte Chen ähnliche Äußerungen später mehrfach, obwohl DPP-Politiker – namentlich der erwähnte Chen Chung-hsin – die Bedeutung dieser Bemerkungen herunterzuspielen suchten. Das zweite Mal, dass Chen China in ähnlicher Weise vor einem Nichteingehen auf seine Entspannungssignale warnte, war am 29. Juli vor Unternehmern der Asiatisch-Taiwanische Handelskammer, das dritte Mal in einer Ansprache an den Weltbund taiwanischer Landsmannschaften am 4. August, als er seine Rhetorik noch verschärfte, damit weltweite Aufmerksamkeit erregte und neue, noch gehässigere Kommentare in den festländischen Medien provozierte.

Einen weiteren Hintergrund für Chens Äußerungen bildet die Mitte Juli erschienene Pentagonstudie, die für Taiwan eine dramatisch wachsende militärische Bedrohung durch China konstatiert. Taiwans Staatsführung hat wiederholt beklagt, auf diese Weise zum Feindesland gemacht zu werden, obwohl Taiwan selbst das Festland keineswegs bedroht. Noch ist China allgemeiner Ansicht nach nicht in der Lage, Taiwan zu erobern, aber die Modernisierung des festländischen Waffenarsenals schreitet rasch voran. (Siehe hierzu den folgenden Überblick.) Sollte Chen mit seiner Annäherungspolitik

keinen Erfolg haben, bliebe ihm tatsächlich immer weniger Zeit, politische Alternativen in Richtung auf eine stärkere nationale Identität Taiwans zu entwickeln. (Weiteres zu diesem Thema im Augustheft von *China aktuell*.) (CNAT, nach BBC EF, 29.7.02; TH, 22.7.02; Hongkong AFP, nach FBIS, 23.7., 4.7.02; ST, 14.7., 24.7.02; TT, 14.7., 27.7., 30.7., 4.8.02) -hws-

## 42 Taiwan entwirft neue Verteidigungsstrategie angesichts dramatisch wachsender Bedrohung

Drei wichtige Dokumente beleuchteten im Juli die militärische Sicherheitslage Taiwans und die zukünftige Verteidigung.

Das wichtigste dieser Dokumente war ein Bericht des US-Verteidigungsministeriums über die von China ausgehende militärische Bedrohung. Die Aufrüstung der Volksbefreiungsarmee mit modernen Waffensystemen richtete sich in erster Linie gegen Taiwan. Betrug die Zahl der gegen Taiwan gerichteten Raketen vor zwei Jahren noch um 100, liege sie inzwischen bei 350 und werde innerhalb weniger Jahre bis auf 600 steigen. Die Raketen seien nicht zur punktgenauen Zerstörung ausgewählter Ziele gedacht, sondern bedrohten Taiwan mit großflächigen Verwüstungen – auch unter der Zivilbevölkerung. Da Taiwan diesem Raketenarsenal bislang nichts Adäquates entgegenzusetzen habe, werde Taiwan erpressbar. Zudem gewinne China durch moderne U-Boote, Zerstörer und Flugzeuge eine Überlegenheit zur See und in der Luft, so dass eine effektive Blockade Taiwans erzielt werden könne. Zu Beginn eines gegen Taiwan gerichteten Krieges sei mit einem Überraschungsangriff sowie mit Täuschungs- und Schockmanövern zu rechnen. Die Studie äußert größte Sorge hinsichtlich Taiwans Verwundbarkeit. Zudem stärke China seine Fähigkeit zu elektronischer Kriegführung, um lebenswichtige Computersysteme in Taiwan lahm legen zu können. Vor dem Versuch einer riskanten und verlustreichen Invasion verfolge Beijing das Ziel, Taiwan durch Militäraktionen zu Verhandlungen unter diktieren Bedingungen zu zwingen. Dass Beijing, wie es stets betone, eine fried-



liche Lösung der Taiwanfrage vorzuziehen, sei angesichts der Aufrüstung nicht mehr glaubwürdig.

Mit Taiwans Rüstungsanstrengungen geht der Report hart ins Gericht. Taiwans Militär sei zu sehr auf Landstreitkräfte ausgerichtet, die militärische Führung sei konservativ.

In ähnlicher Weise äußerte sich eine kurz darauf erschienene Studie des US-Kongresses. Darin wird stärker auf politische Aspekte eingegangen. So sei es erforderlich, dass Taiwan und die USA in einen substanziellen militärischen Dialog einträten.

Eine Woche später folgte der Zweijahresbericht („Weißbuch“) des taiwanischen Verteidigungsministeriums. Darin wird „präventive Kriegführung“ als neue Strategiekonzeption vorgestellt. Es gelte, die Integration der Waffensysteme aller drei Teilstreitkräfte voranzutreiben, die Waffenarsenale zu modernisieren, die gemeinsame Schlagkraft der Teilstreitkräfte zu erhöhen und Überlegenheit in der elektronischen Kriegführung zu wahren.

Während diese Formulierung dieser Ziele angesichts der Bedrohungslage wenig überrascht, macht der „präventive“ Aspekt deutlich, wie wenig Taiwans Militär schon jetzt seiner Verteidigungsfähigkeit sicher ist, räumt der Bericht doch einem Ziel Raum ein, das in erster Linie nicht militärischer, sondern politischer Natur ist: Es gelte, einen Prozess militärischer Vertrauensbildung und militärischen Austauschs mit der Gegenseite in Gang zu setzen.

Das Weißbuch, das Kommentatoren als ungewöhnlich offen bezeichneten, spricht unverhohlen aus, dass Chinas elektronische Kriegführung für Taiwan im Jahr 2010 eine echte Bedrohung darstellen wird. Einen entsprechend spezialisierten Truppenteil hatte Taiwan erst letztes Jahr mit US-Hilfe eingerichtet.

Der Bericht lässt insgesamt ein ziemliches Maß an Hilf- und Ratlosigkeit erkennen. Dies betrifft besonders den Aspekt der Prävention: Ohne politischen Dialog mit China wird ein Prozess militärischer Vertrauensbildung schwerlich in Gang zu bringen sein, und je mehr die Bedrohung durch das Festland wächst, umso geringer wird der Stellenwert der Kriegsvermeidung

für Beijing. Auch das neue strategische Schlagwort lässt diese Ratlosigkeit erkennen. Aus dem bisherigen „Vorherrschaft in der Luft, Vorherrschaft auf See und Abwehr amphibischer Invasion“ wurde: „Vorherrschaft in der Luft, Vorherrschaft auf See und Heimatverteidigung“. „Heimatverteidigung“, so erläuterte ein Vertreter der Luftwaffe, sei umfassender als das bisherige Schlagwort.

Ein höheres Maß an Offenheit als bei den bisherigen Zweijahresberichten jedenfalls wird man dem jüngsten nicht absprechen können: Er gab auch das Ergebnis einer Meinungsumfrage bekannt. Demnach waren letzten Oktober nur 52% der befragten Taiwaner mit der Arbeit des Verteidigungsministeriums zufrieden, und nur 34% fanden die Rüstungskäufe ausreichend. Angesichts der Tatsache, dass seit über einem Jahr über Kauf oder Nichtkauf von Zerstörern der Kidd-Klasse debattiert wird, die die USA angeboten haben, hätte das Verdikt der Öffentlichkeit auch noch negativer ausfallen können. (TT, 4.7., 14.7., 17.7., 24.7.02; CNAT, nach BBC PF, 13.7.02; CNAT, nach FBIS, 23.7.02; ST, 14.7.02; FT, 15.7.02) -hws-

#### **43 Zunahme der Investitionen Taiwans auf dem Festland – „Südpolitik“ der taiwanesischen Regierung wenig wirkungsvoll**

Investitionen aus Taiwan in China sind in den ersten sechs Monaten 2002 um 13% angestiegen und erreichten 1,53 Mrd. US\$, dies gab das Wirtschaftsministerium in Taipei bekannt. Die Hälfte der Investitionen gingen in die Elektroindustrie. In die Region um das Yangzi-Delta flossen 88% des taiwanesischen Kapitals, davon 58% allein in die Provinz Jiangsu. (BBC PF, 23.7.02)

Auch in der Provinz Guangdong gibt es inzwischen 14.416 Unternehmen mit taiwanesischer Beteiligung, in denen nach Angaben des Provinzgouverneurs über 12 Mrd. US\$ Investitionen von der Insel gebunden sind. (XNA, 22.7.02) Sollten die Zahlen aus Guangdong stimmen, dann dürfte der Gesamtwert taiwanesischer Investitionen in der Volksrepublik weit höher liegen als die von Taipei offiziell genannten

gut 20 Mrd. US\$. Unstreitig ist, dass sich die schon im Vorjahr beobachtete Zunahme der Investitionstätigkeit fortsetzte.

Zum Anstieg der Investitionen trug auch Taiwans Präsident Chen Shui-bian bei, der eine Reihe von Beschränkungen gegen die wirtschaftliche Integration der Insel mit dem Festland gelockert hat, indem er etwa den Bau von Chip-Fabriken unter strengen Auflagen ermöglichte. Und im Juli stellte das Finanzministerium in Aussicht, den Banken der Insel Geschäfte mit taiwanesischen Unternehmern auf dem Festland zu erlauben. Taiwans Versicherungsgesellschaften werden bald Töchter in der Volksrepublik gründen dürfen. Qualifizierte taiwanesishe Arbeitskräfte dürfen künftig überall in der VR arbeiten, außer beim Staat und Militär. Diese Beispiele aus dem Monat Juli belegen, wie sehr Chen Shui-bian den Forderungen von Unternehmern entgegenkam, Geschäfte mit dem großen Nachbarn zu erleichtern. (FBIS, 23.7., 24.7.02) Dabei hat die Regierungspartei DPP von Chen Shui-bian stets die Eigenständigkeit der Insel betont. Nicht wenige Stammwähler der Partei fürchten politische Risiken durch die zunehmende wirtschaftliche Integration. Diesen Stimmungen ist der Präsident seit Ende Juli mit mehreren viel beachteten Äußerungen entgegengekommen. Für den größten Widerspruch in Beijing sorgte eine Ansprache Chen Shui-bians vom 3. August, in der er sagte, es gebe ein Land auf jeder Seite der Taiwanstraße. Er sprach sich für ein Gesetz aus, dass ein Referendum über den Status Taiwans ermöglichen würde.

#### **SÜDOSTASIEN ALS POLITISCH KORREKTES ZIEL VON INVESTITIONEN**

Bereits am 30. Juli hatte Präsident Chen einige Elemente der Wirtschaftspolitik seines Amtsvorgängers bekräftigt. Vor Mitgliedern der Asiatisch-Taiwanesischen Handelskammer sagte er, Taiwan müsse seinen eigenen Weg gehen und dürfe sich keine Illusionen über China machen. Daher sollten die Geschäftsleute sich nicht zu stark vom chinesischen Markt abhängig machen und stattdessen verstärkt in Südostasien investieren. Eine so genannte „Südpolitik“ bei der Investitionsförderung hatte bereits der



ehemalige Präsident Lee Teng-hui verkündet, wenn auch ohne durchschlagenden Erfolg: Laut Statistiken des Wirtschaftsministeriums in Taipei hat die Region Südostasien in den vergangenen fünf Jahren taiwanesishe Investitionen im Wert von 260,5 Mio. US\$ erhalten. Im selben Zeitraum flossen 1,5 Mrd. US\$ nach China. Während die Investitionstätigkeit in China schnell wuchs, gingen sie in Südostasien zurück (siehe Tabelle). (www.taipeitimes.com, 30.7., 31.7.02 und 4.8.02)

**Tabelle: Entwicklung der Investitionen Taiwans in Südostasien und China**

Jährliche Investitionen aus Taiwan in Mrd. US\$	1996	2001
China	5,1	6,9
Südostasien	4,5	1,4

Quelle: www.taipeitimes.com, 31.7.02.

Als Folge der Verschlechterung der Stimmung zwischen Taipei und Beijing ist zu erwarten, dass der Abbau von Hindernissen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit vorerst langsamer vorangeht. Besonders gilt dies für Verhandlungen über direkte Post-, Transport- und Geschäftsverbindungen. Gerade die Senkung von Transport- und Verhandlungskosten durch direkte Verbindungen kann jedoch die Umsiedlung von Unternehmen auf das Festland verhindern, wie Statistiken über die Entwicklung in der Nähe von Gaoxiong nahe legen. Seit durch eine Ausnahmeregelung die Möglichkeit zu direkten Schiffsverbindungen nach Fujian besteht, haben viele Unternehmen dort ihre Umzugspläne verschoben, meldet eine Nachrichtenagentur aus Taipei. (BBC PF, 13.7.02)

In einer Mitteilung der DPP heißt es, seit der Regierungsübernahme seien wiederholt die bilateralen Handelsbeziehungen verbessert worden, doch Beijing habe diese Signale ignoriert. Unmittelbar vor den Äußerungen des Präsidenten Chen Shui-bian hatte Taiwan eine diplomatische Niederlage erlitten, als der Inselstaat Nauru die Volksrepublik China anerkannte. Zudem war in den Medien ein Be-

richt des Pentagon über die militärischen Kapazitäten der VR diskutiert worden. (www.taipeitimes.com, 29.7., 31.7., 4.8.02) -bö-

